

Einbringung des Haushaltes 2026/2027

Rede des Stadtkämmerers Bernd Maßmann

Es gilt das gesprochene Wort

Heute sparen.

In die Zukunft investieren.

Hagen stärken.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Rates!

In den vergangenen zwei Jahren hat Hagen erlebt, was es bedeutet, wenn wichtige Infrastruktur plötzlich wegbricht.

Ich meine damit die „Ebene 2“, die Mitte 2024 von heute auf morgen gesperrt werden musste. Und ich meine damit das Cuno-Berufskolleg, das nach den Sommerferien des vergangenen Jahres wegen Brandschutzmängeln nicht mehr genutzt werden durfte.

Das waren Einschnitte, die niemand gewollt hat, aber für viele Menschen in dieser Stadt zur Realität und zur Belastung wurden – und heute noch sind.

Sie führen uns eines sehr deutlich vor Augen: So etwas darf sich in Zukunft nicht wiederholen.

Genau deshalb rede ich heute über Prioritäten.

Genau deshalb rede ich heute übers Sparen – nicht aus Mangel, sondern aus Verantwortung.

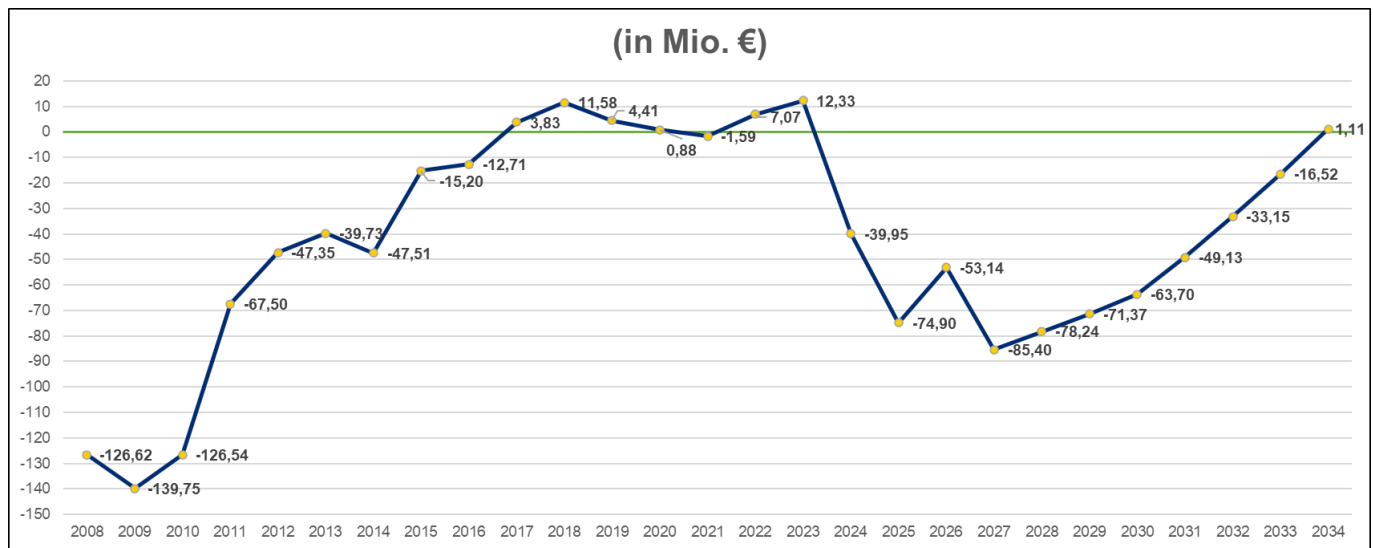
Und genau deshalb rede ich heute darüber, dass wir zukünftig gezielt dort investieren, wo es um Sicherheit, Funktionsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit dieser Stadt geht.

Um eines vorweg zu sagen: Dieser Haushalt verwaltet keinen Mangel. Er ist der bewusste Versuch, finanzielle Freiräume zu erarbeiten, um sie dort einzusetzen, wo sie Hagen wirklich nach vorne bringen.

Oder anders gesagt:

Heute sparen. In die Zukunft investieren. Hagen stärken.

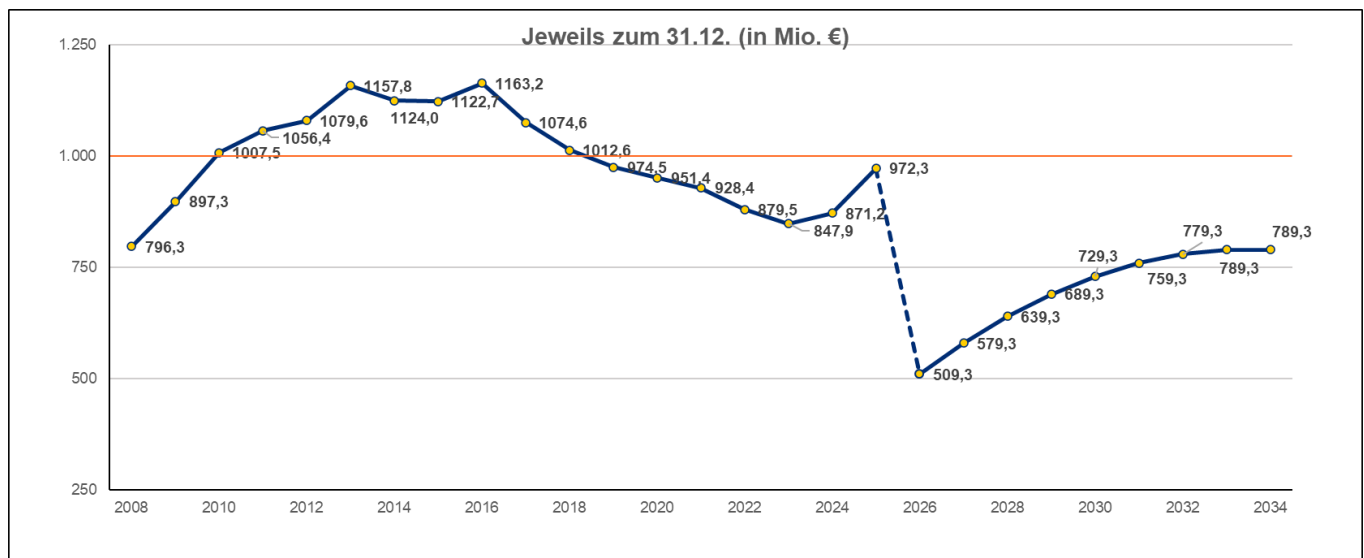
Haushaltsergebnisse seit 2008



Wenn wir auf die vergangenen Jahre zurückblicken, sehen wir eine Phase vergleichsweise guter Jahresergebnisse zwischen 2017 und 2023. Defizite konnten reduziert, teilweise sogar Überschüsse erzielt werden.

Diese Entwicklung beruhte jedoch nicht auf eigener struktureller Stärke, sondern ganz wesentlich auf den Mitteln aus dem Stärkungspakt „Stadtfinanzen“ sowie auf bilanziellen Sondereffekten in Folge von Corona und des Ukraine-Krieges. Unsere grundsätzliche Finanzlage hat sich dadurch nicht dauerhaft verändert.

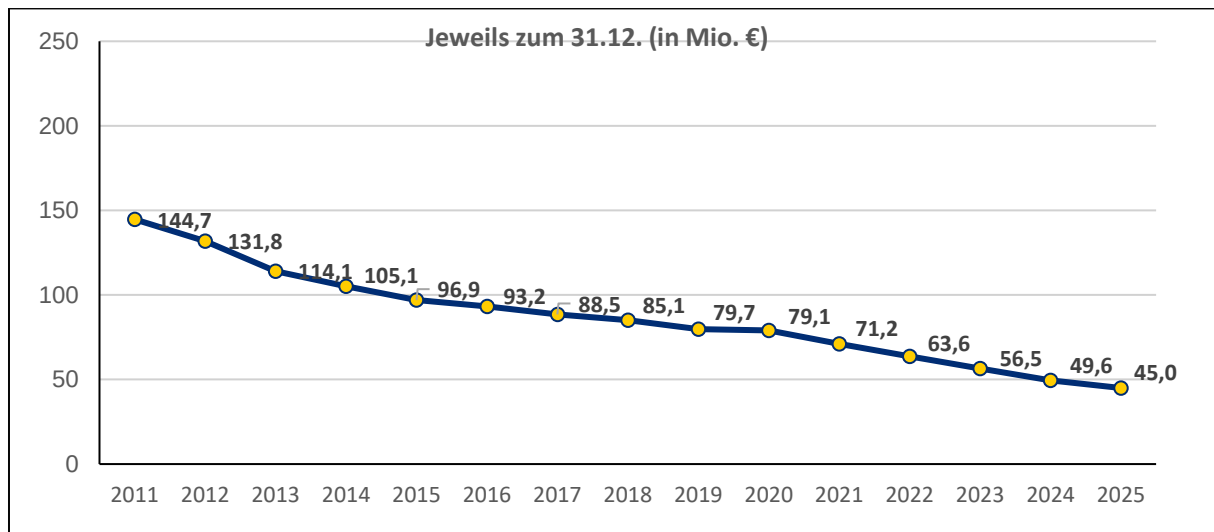
Entwicklung der Kassenkredite



Spiegelbildlich dazu haben sich die Liquiditätskredite entwickelt. Die Grafik zeigt: Nur während des bereits genannten Stärkungspaktes gingen die Schulden tatsächlich zurück.

Das Altschuldenentlastungsgesetz verschafft uns jetzt kurzfristig Luft – eine nachhaltige Genesung ist das aber noch nicht. Denn bereits heute liegen wir wieder deutlich über dem Zielwert von 1.600 Euro je Einwohner.

Entwicklung der Investitionskredite



Während die Liquiditätskredite gestiegen sind, sind die Investitionskredite kontinuierlich zurückgegangen. Ende Januar standen rund einer Milliarde Euro Kassenkrediten lediglich 45 Millionen Euro Investitionskredite gegenüber. Allein in 2025 sind die Kassenkredite um 100 Millionen Euro gestiegen, während die Investitionskredite um fünf Millionen Euro sanken.

Dieses Missverhältnis zeigt:

Wir haben einen immer größeren Teil unserer laufenden Ausgaben über Kredite finanzieren müssen – und gleichzeitig immer weniger eigene Mittel für Zukunftsinvestitionen eingesetzt.

Und dennoch – auch das gehört zur Wahrheit – hat Hagen investiert.

Die Auszahlungen für Baumaßnahmen im Zeitraum von 2020 bis 2024 waren mit 143 Millionen Euro fast so hoch wie in den gesamten zehn Jahren zuvor.

Dass die Investitionskredite dennoch zurückgegangen sind, ist kein Widerspruch. Förderprogramme von Bund und Land haben es uns ermöglicht, wichtige Projekte zu realisieren, ohne den Haushalt zusätzlich durch eigene Kreditaufnahmen zu belasten.

Das war richtig und notwendig – und es zeigt, dass wir die vorhandenen Spielräume genutzt haben. Gleichzeitig bedeutet es aber auch: Unsere eigenen finanziellen Beiträge zu diesen Investitionen waren vergleichsweise gering. Mit Blick auf den Zustand unserer Infrastruktur muss man sagen: zu gering.

Glücklicherweise werden wir auch in den kommenden Jahren auf umfangreiche Förderprogramme zurückgreifen können. Hier möchte ich beispielhaft vier Programme nennen:

500-Milliarden-Sondervermögen des Bundes

Wir werden aus dem 500-Milliarden-Sondervermögen des Bundes insgesamt 109 Millionen Euro an Pauschalförderung erhalten. Der Förderbescheid dazu ist vor wenigen Tagen eingegangen. Damit haben wir die Chance bis 2036 spürbar in unsere Stadt zu investieren.

Wir werden hier verwaltungsintern einen Vorschlag erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorlegen.

Sport-Milliarde

Im Dezember hat der Rat zudem beschlossen, dass wir uns mit vier Projekten an der so genannten „Sportmilliarde“ beteiligen. Ziel dieses Bundesprogramms ist, die Sanierung und Modernisierung kommunaler Sportstätten gezielt zu unterstützen.

Digitalpakt 2.0

Ferner hat sich die Bildungsministerkonferenz am 18. Dezember vergangenen Jahres auf den Digitalpakt 2.0 verständigt. Damit wird die Digitalisierung unserer Schulen in den Jahren bis 2030 weiter abgesichert – nicht nur mit Blick auf Endgeräte, sondern vor allem bei pädagogischer Infrastruktur.

Hagen-Pakt

Als viertes Förderprojekt möchte ich den Hagen-Pakt nennen.

Mit dem Hagen-Pakt bündeln wir die Kräfte von Stadt und Land, um die Quartiere rund um den Bahnhof und Altenhagen über die nächsten Jahre hinweg konsequent zu stabilisieren und zu entwickeln – mit einer klaren Strategie, wirksamen Instrumenten und – das wird man ehrlicherweise auch sagen müssen – mit einem langen Atem.

Der Hagen-Pakt spiegelt sich bereits im Entwurf des Doppelhaushaltes. In der mittelfristigen Planung bis 2030 planen wir mit Investitionen im Umfang von 48,7 Mio. Euro. Der Eigenanteil beträgt hier 5,5 Mio. Euro.

Meine Damen und Herren!

Auch über die Förderprogramme hinaus können wir uns in Hagen im Einzelfall nicht über mangelnde Unterstützung durch das Land NRW beklagen: Wir erhalten in diesem Jahr allein 35 Mio. Euro mehr an Schlüsselzuweisungen als in 2025 und die Übernahme unserer Altschulden spart in diesem Jahr 9,5 Mio. Euro an Zinsen. Das ist insgesamt schon ein ziemliches Pfund.

Auch der Bund zeigt erste Ansätze, kommunale Folgekosten zu kompensieren. Mit dem Investitionsbooster hat er zugesagt, die kommunalen Steuermindereinnahmen in den Jahren 2025 bis 2029 vollständig zu auszugleichen – über einen erhöhten Umsatzsteueranteil in Höhe von bundesweit rund 13,5 Milliarden Euro. In Hagen geht es hier immerhin um fast 10 Mio. Euro pro Jahr.

Bei all dem Geld, das uns zufließt, kann man sich natürlich fragen: Warum müssen wir dann sparen?

Die Antwort ist einfach. Fördermittel und steigende Zuwendungen allein werden nicht ausreichen, um den Sanierungsstau bei unserer Infrastruktur aufzulösen und die zusätzlichen und heute bereits bekannten Bedarfe in diesen Bereichen umzusetzen.

Festzuhalten ist: Investitionen sind werthaltig und unverzichtbar, wenn wir unsere Stadt nachhaltig und zukunftsorientiert weiterentwickeln wollen. Aber es gibt sie nicht zum Nulltarif.

Förderprogramme setzen eigene Beiträge voraus – in Form von Eigenanteilen, von Folgekosten und von dauerhaftem Aufwand. Hinzu kommen die Belastungen aus eigenen Investitionskrediten, insbesondere Abschreibungen und Zinslasten, die den Haushalt über viele Jahre binden. Bei Investitionen von beispielsweise 100 Millionen Euro – und da ist man etwa bei einem großen Schulbau sehr schnell – reden wir über Größenordnungen von bis zu rund 6,5 Millionen Euro pro Jahr, die den Haushalt über Jahrzehnte hinweg belasten.

Um uns in die Lage zu versetzen, die zukünftigen Investitionen stemmen zu können, müssen wir uns an anderer Stelle die dafür notwendigen Freiräume schaffen. Ich möchte nicht in die Situation kommen, dass wir sinnvolle Förderungen ablehnen müssen, weil wir uns den Eigenanteil nicht leisten können.

Meine Damen und Herren!

unsere Spielräume werden aber nicht nur durch Investitionen begrenzt. Sie werden vor allem durch laufende Aufgaben gebunden, die nicht auskömmlich finanziert sind.

Die Kommunen erbringen einen großen Teil der staatlichen Leistungen ganz konkret vor Ort – von Kitas über Schulen und Sicherheit bis hin zur sozialen Infrastruktur. Ihre eigene Finanzkraft ist im Gefüge des Gesamtstaates jedoch vergleichsweise gering.

Aktuelle Auswertungen zeigen das sehr deutlich: Die Kommunen erhalten rund 16 Prozent der Steuereinnahmen, tragen aber etwa 28 Prozent der öffentlichen Ausgaben.

Das heißt im Ergebnis: Wer die Verantwortung für die Umsetzung trägt, verfügt nicht automatisch über die finanziellen Mittel, um diese Aufgaben dauerhaft aus eigener Kraft zu erfüllen.

Aufgrund dessen führt an einer Gemeindefinanzreform kein Weg vorbei: mit verlässlicheren Einnahmen und einer klaren Aufgabenkonkretisierung.

Insofern ist es richtig, diese Reform beim Bund einzufordern. Unser Oberbürgermeister selbst war in den vergangenen zwei Tagen in Berlin und hat gemeinsam mit dem Städtebündnis dafür geworben.

Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang auch ein paar Worte zur Sozialstaatsreform. Diese setzt, so wie sie derzeit angekündigt ist, vor allem bei den Prozessen an – nicht bei den Leistungen. Ob das richtig ist, möchte ich heute nicht bewerten.

Grundsätzlich richtig ist hingegen, Verfahren zu vereinfachen, Zuständigkeiten besser zu verzahnen und Bearbeitungszeiten zu verkürzen.

Wenn man über den Irrsinn des deutschen Sozialsystems spricht, wird mitunter folgendes Beispiel genannt:

Eine alleinerziehende Mutter und ihr pflegebedürftiger Vater haben zusammen Anspruch auf elf unterschiedliche Sozialleistungen. Um sie zu erhalten, müssen sie sich an acht verschiedene Bewilligungsstellen wenden – mit unterschiedlichen Zuständigkeiten, Fristen und Formularen. Und als wäre das nicht genug, gibt es selbst für den Begriff des „Einkommens“ vier unterschiedliche Definitionen. Je nach Leistung zählt Einkommen ganz, teilweise oder gar nicht. Das Ergebnis sind immer neue Anträge, neue Nachweise und neue Bescheide.

Wenn wir also über eine Reform des Sozialstaats sprechen, dann dürfen wir nicht so tun, als ginge es nur um Leistungen. Es geht auch um Prozesse. Es geht darum, Komplexität abzubauen, statt sie immer weiter zu organisieren. Mit Sicherheit ist es nicht erforderlich – um ein weiteres Beispiel zu nennen -, dass sich in den 396 NRW-Kommunen sage und schreibe 396 Wohnngeldstellen um die Auszahlung dieser Bundesleistung kümmern.

Wenn diese Prozesse im Zuge der Sozialstaatsreform wirklich angepackt werden, hilft das nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch den Kommunen.

Allerdings: Auf Effekte organisatorischer Maßnahmen zu hoffen, die nicht in den Kommunen umgesetzt werden, hilft uns bei der Haushaltsplanung nicht weiter.

Ganz im Gegenteil:

Der aktuell diskutierte Rechtskreiswechsel bei den Ukraine-Geflüchteten ist einmal mehr ein unschönes Beispiel dafür, wie der Bund - buchstäblich per Federstrich – eigene Aufgaben den Kommunen überantwortet: Denn sollte der Wechsel vom SGB II ins SGB XII wie vorgesehen kommen, drohen den Kommunen erneut erhebliche finanzielle und organisatorische Mehrbelastungen ohne Ausgleich.

Insofern folgt für uns daraus eine klare Konsequenz: Wenn Aufgaben und Finanzierung strukturell auseinanderlaufen, bleibt uns kurzfristig nur ein Hebel, den wir selbst in der Hand haben: die Ausgabenseite.

Insofern müssen wir unsere Ausgaben kürzen – nicht aus Prinzip, sondern um handlungsfähig zu bleiben.

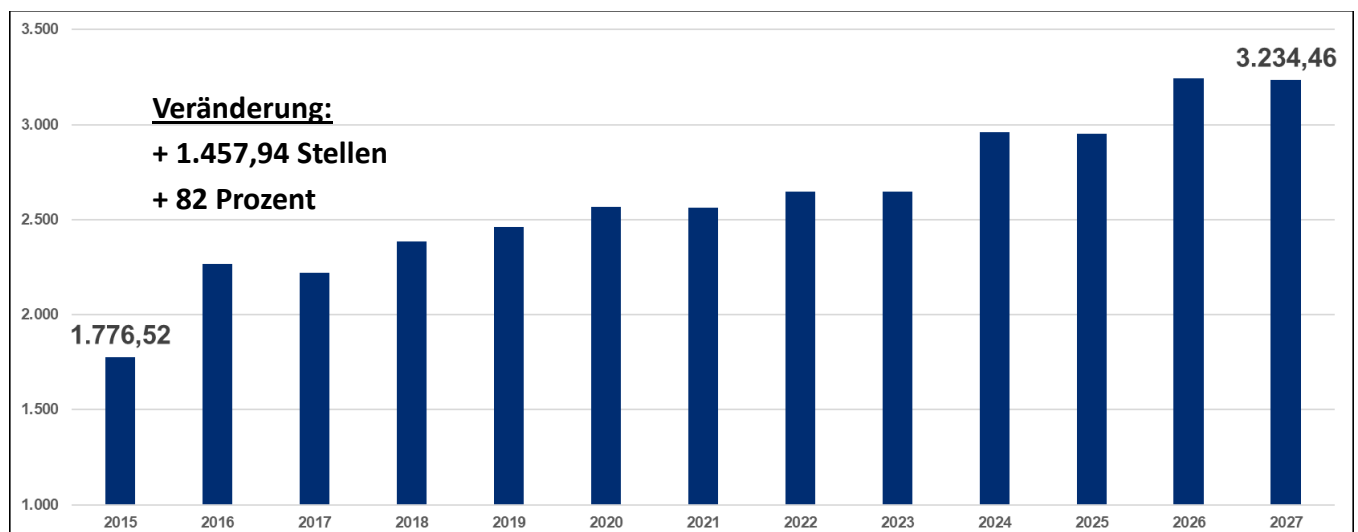
Ina Scharrenbach hat kürzlich in einem Interview zur kommunalen Finanzsituation gesagt, dass die Kommunen bei sich selbst sparen müssen und stellte die Aussage in den Raum: „Vielleicht haben wir alle miteinander in den guten Zeiten ein bisschen das Sparen verlernt“. Unabhängig davon, wie man diese Zuspitzung bewertet, stelle ich fest, dass auch in Hagen die guten Zeiten zwischen 2017 und 2023 vorbei sind:

Seit 2024 verschlechtern sich die städtischen Finanzen. Diese Entwicklung wird sich leider in den kommenden Jahren nur langsam verbessern. Aber darauf werde ich gleich noch zurück.

Die Gründe für diese Situation kennen Sie alle: eine zeitweise hohe Inflation, die sich vor allem in hohen Energiekosten und gestiegenen Baukosten spiegelt, hohe Soziallasten, Tarifabschlüsse, durch die die Personalkosten spürbar gestiegen sind und nicht zuletzt eine stagnierende Wirtschaft, die ihr Übriges dazutut.

Parallel dazu ist unsere Verwaltung deutlich größer geworden.

Stellenentwicklung 2015 – 2027



Vergleicht man den Stellenplan des Jahres 2015 mit dem des Jahres 2027, stellt man fest, dass in diesen 13 Jahren insgesamt 1.450 Stellen geschaffen wurden bzw geschaffen werden. Das entspricht einem Wachstum von 82 Prozent.

Zur Bewertung und zur Relativierung dieser Entwicklung muss man allerdings sagen, dass in diesem Zeitraum der Habit und die Gebäudewirtschaft, also die heutigen Fachbereiche 15 und 65, in die Kern-Verwaltung zurückgeholt wurden. Allein das macht schon ein Volumen von knapp 500 Stellen aus.

Zudem mussten wir Personal einstellen, um die bereits oben erwähnten massiven Fallzahl-Steigerungen unter anderem im sozialen Bereich, im Kita-Ausbau, in der Flüchtlingsbetreuung oder auch im Rettungsdienst bewältigen zu können.

Im Übrigen sind die Entscheidungen, die letztlich zu diesem Stellenaufwuchs geführt haben, in einem Kontext gefallen, den ich nicht kenne.

Klar ist allerdings: Wir werden in den kommenden Jahren ein besonderes Augenmerk auf den Personalbereich richten müssen, der mit rund 24 Prozent der größte überhaupt steuerbare Block in unserem Haushalt ausmacht.

Als eine der Maßnahmen hat sich der Verwaltungsvorstand darauf verständigt, die Stellenvakanz von sechs auf acht Monate zu verlängern. Das bedeutet, dass jede Stelle, die frei wird, acht Monate unbesetzt bleibt. Ausgenommen davon sind nur wenige Bereiche.

Ferner werden wir grundsätzlich keine externen Einstellungen mehr vornehmen, es sei denn, es ist absehbar, dass es keine internen Bewerbungen geben wird.

Diese Maßnahmen werden unser Personalbudget jährlich um sieben Millionen Euro entlasten.

Darüber hinaus haben wir bewusst auf pauschale Stellenkürzungen verzichtet. Es geht nicht um ein blindes Kürzen nach dem Rasenmäherprinzip. Sparen in diesem Haushalt heißt vor allen Dingen Steuerung

Der Ansatz hier muss sein: Pflicht vor Kür, Kern vor Komfort und Wirkung vor Gewohnheit.

Wir müssen unsere Prozesse überprüfen, vereinfachen und dort neu aufsetzen, wo sie heute unnötig aufwendig, doppelt oder historisch gewachsen sind.

Auch der Einsatz neuer Technologien, etwa von KI-gestützten Assistenzsystemen, kann dabei helfen, Standardvorgänge schneller, einheitlicher und ressourcenschonender zu erledigen. Nicht um Entscheidungen zu ersetzen, sondern um Mitarbeitende von Routine-Aufgaben zu entlasten.

Ebenso müssen wir unsere Standards überprüfen. Ausstattungen und Servicelevel, die in finanziell besseren Zeiten selbstverständlich waren, müssen daraufhin überprüft werden, ob sie heute noch erforderlich und wirtschaftlich sind.

Um diese Schritte konsequent zu gehen, werden wir eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe einrichten, die in den nächsten Jahren gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen genau diese Ansatzpunkte in den Blick nimmt.

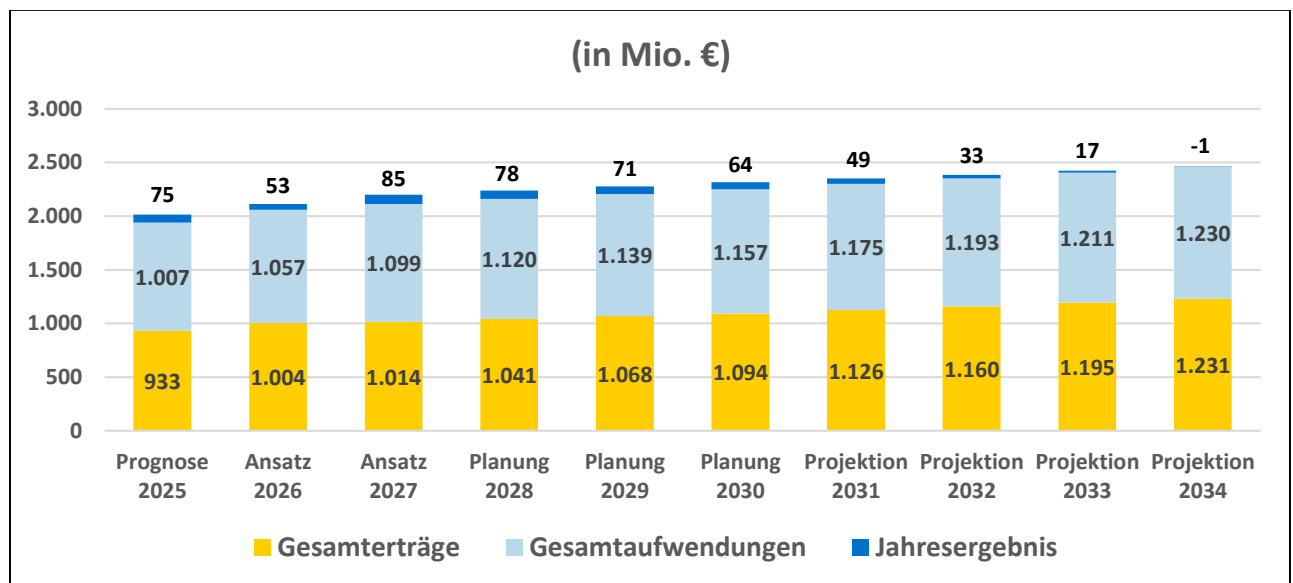
Nur wenn wir diesen Konsolidierungsprozess stringent angehen und umsetzen, werden wir in der Lage sein, uns die finanzielle Handlungsfähigkeit zu erarbeiten, die wir in den kommenden Jahren dringend brauchen.

Meine Damen und Herren,

Was das konkret für den Haushalt 2026/2027 bedeutet und wie wir diesen Weg finanziell unterlegen, möchte ich Ihnen nun anhand der zentralen Eckdaten darstellen.

In konkreten Zahlen stellen sich die Erträge und Aufwendungen dieses Doppelhaushaltes und der zukünftigen Haushalte bis 2034 wie folgt dar.

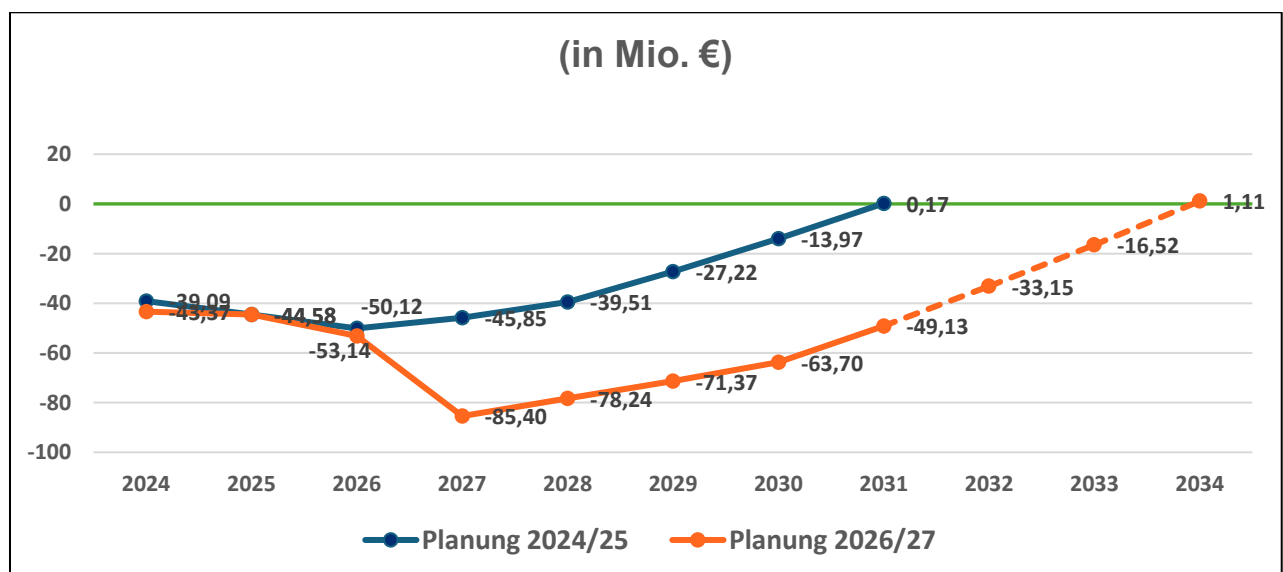
Erträge und Aufwendungen 2025 – 2034



Dabei sehen Sie, dass in diesem Jahr erstmals in der Geschichte der Stadt Hagen sowohl die Erträge als auch die Aufwendungen die Marke von 1 Milliarde Euro überschreiten werden. Und in der Prognose auch nie mehr unterschreiten werden. Dies nur als kleine Randnotiz.

Wichtiger ist die Entwicklung der Finanzen.

Ursprünglich geplanter HH-Ausgleich 2031, angepasste Planung



Noch vor zwei Jahren waren wir davon ausgegangen, im Jahr 2031 einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können. Die Jahresergebnisse sollten sich ab 2026 Schritt für Schritt verbessern, die Defizite von Jahr zu Jahr kleiner werden.

Die Entwicklungen der vergangenen beiden Jahre haben diese Planung jedoch grundlegend verändert. Nach heutigem Stand werden wir im Jahr 2031 weiterhin ein strukturelles Defizit von rund 49 Millionen Euro ausweisen.

Diese Zahl ist jedoch nicht Ausdruck von Untätigkeit – im Gegenteil: In der Aufstellung dieses Doppelhaushaltes haben Verwaltung und Fachbereiche erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Defizite, die nach den ersten Meldungen bei 147 Mio. Euro für 2026 und 160 Mio. Euro für 2027 lagen, zu begrenzen und auf das jetzt dargestellte Maß zurückzuführen. Mehr war unter den gegebenen Rahmenbedingungen seriös nicht erreichbar.

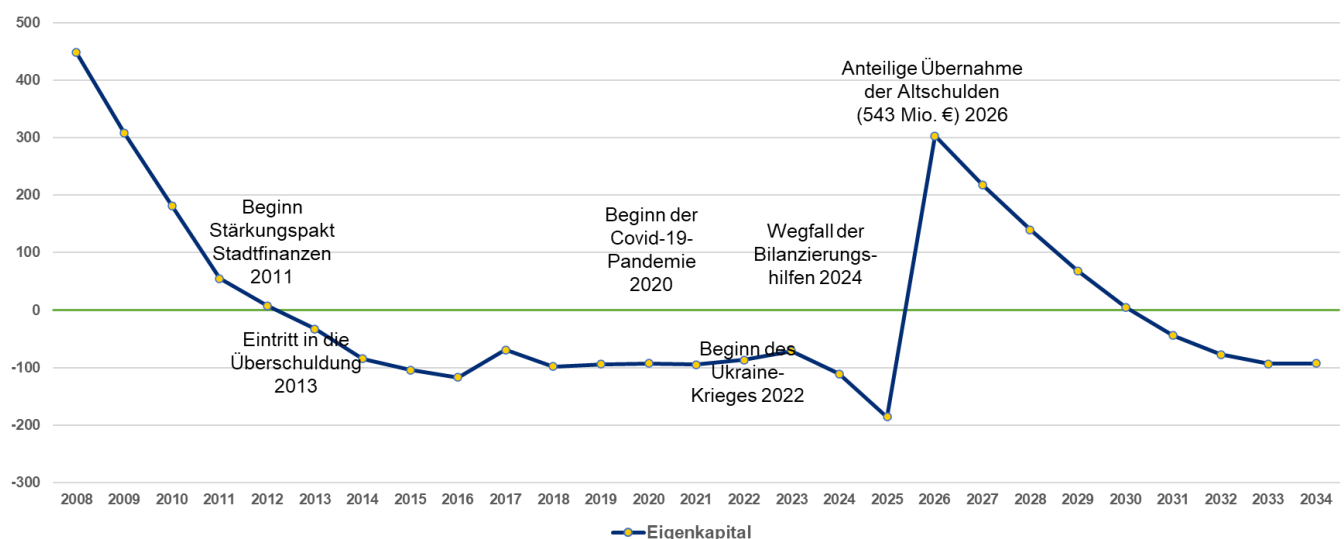
Der Ausgleich ist nunmehr für das Jahr 2034 vorgesehen, das nach unseren Planungen mit einem Überschuss von knapp einer Million Euro abschließen wird. Dieser Überschuss ist keine komfortable Reserve, sondern eine zwingende Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit dieses Doppelhaushalts.

Der Grund dafür liegt in § 76 der Gemeindeordnung. Dort ist geregelt, dass der Haushaltsausgleich spätestens im zehnten Jahr nach Beginn des Haushaltssicherungskonzeptes – das war 2024 - wieder erreicht werden muss.

Genau diesen Nachweis führen wir mit der heutigen Planung. Dabei war uns eines besonders wichtig: Wir haben bewusst darauf verzichtet, den Haushalt durch globale Minderausgaben oder andere kosmetische Entlastungen „schönzurechnen“. Was Sie hier sehen, ist das Ergebnis konsequenter Konsolidierungsarbeit und einer realistischen Planung.

Damit ist aber auch ebenso klar: Zusätzliche strukturelle Belastungen können wir nur dann verkraften, wenn ihnen eine dauerhafte Gegenfinanzierung gegenübersteht. Andernfalls riskieren wir die Genehmigungsfähigkeit dieses Haushalts entfallen.

Entwicklung Eigenkapital

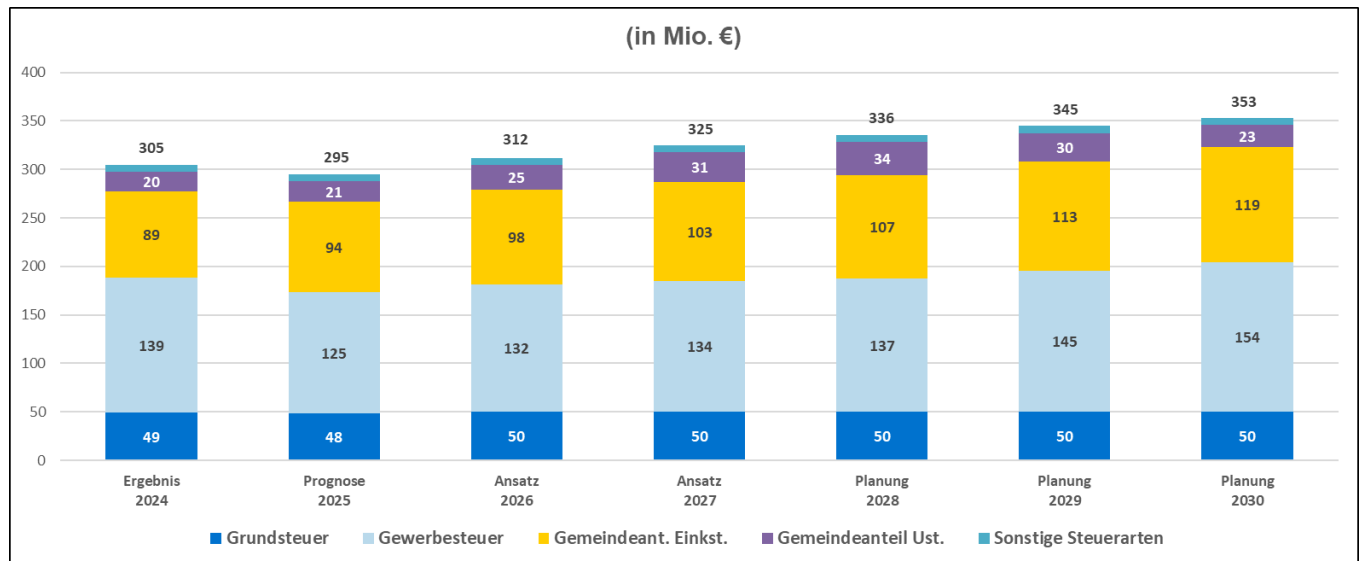


Zwangsläufig wirken sich die negativen Jahresabschlüsse der kommenden Jahre auch auf das Eigenkapital aus. Durch das Altschuldenentlastungsgesetz wurde es im Jahr 2026 zwar

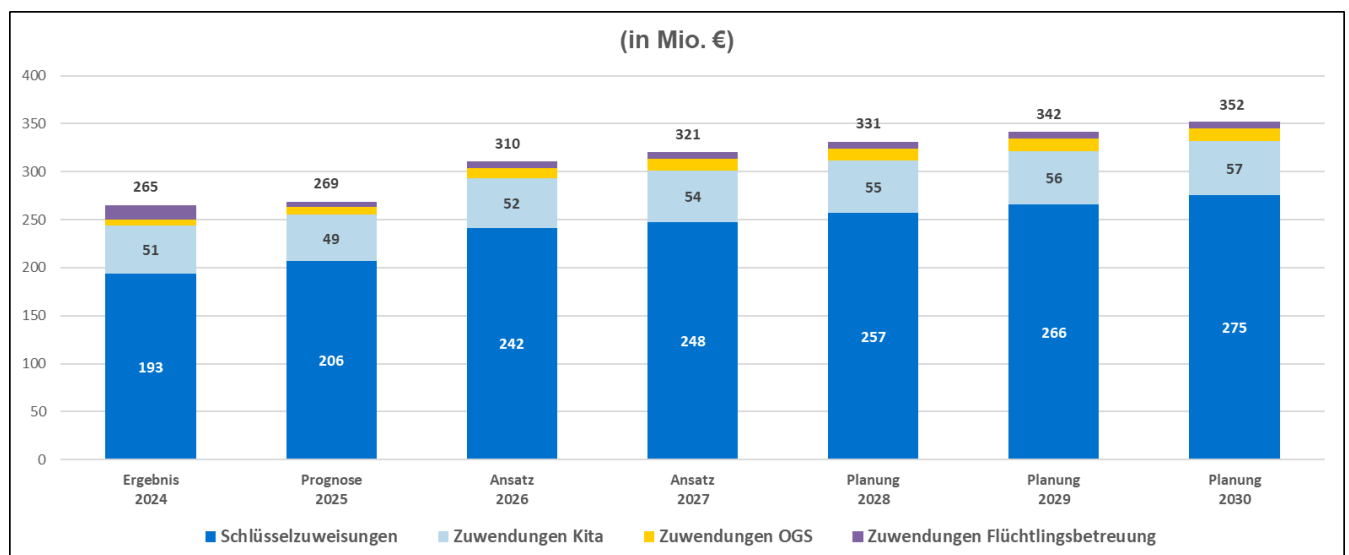
noch einmal in den positiven Bereich zurückgeführt. Diese Entlastung verschafft uns jedoch nur eine Atempause. Aufgrund der weiterhin hohen Defizite wird das Eigenkapital bereits ab dem Jahr 2030 wieder vollständig aufgezehrt sein. Danach wäre die Stadt Hagen bilanziell erneut überschuldet. Das zeigt: Die Entlastung wirkt zwar kurzzeitig – aber sie ersetzt keine nachhaltige strukturelle Konsolidierung.

Lassen Sie uns sowohl auf die Ertragsseite als auch auf die Aufwendungen schauen:

Entwicklung der Steuerarten



Entwicklung der wichtigsten Zuwendungen

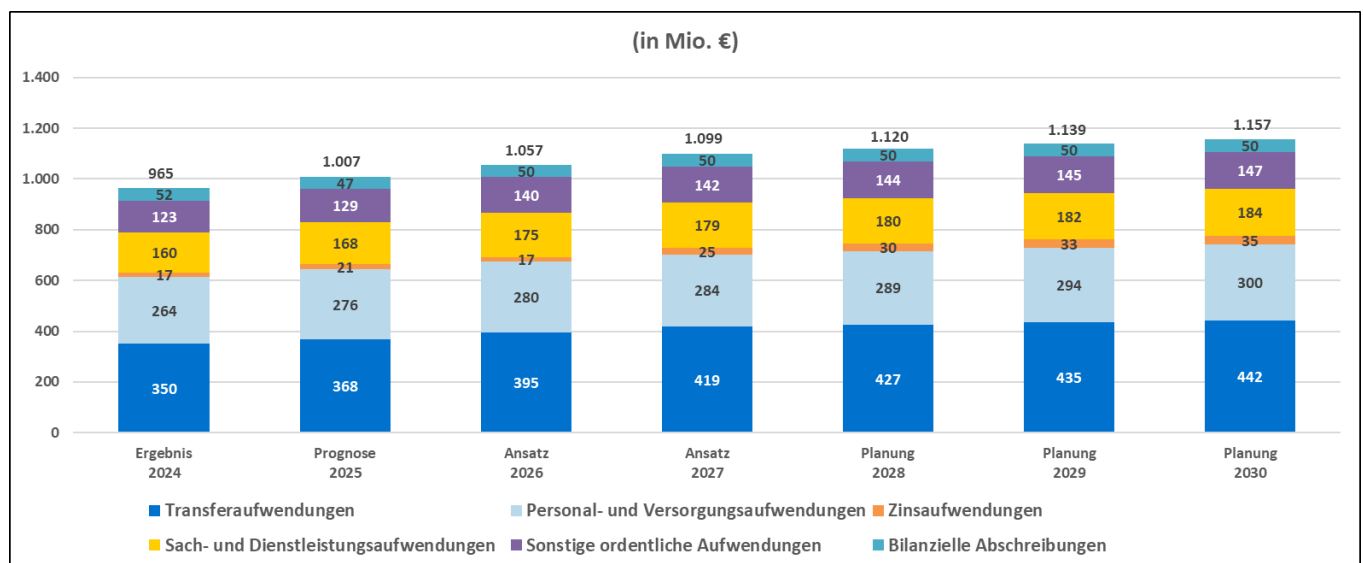


Sie sehen, dass sich die Steuererträge über den Zeitraum der Mittelfristplanung sehr verlässlich nach oben entwickeln. Hier profitieren wir mit Blick auf unseren Anteil an der Einkommenssteuer insbesondere von den bundesweit hohen Tarifabschlüssen der vergangenen Jahre. Im Gegenzug stellen wir bei den Erträgen aus der Gewerbesteuer nach

2024 einen deutlichen Einbruch fest. Diesen Knick werden wir erst im Jahr 2029 aufgeholt haben. Übrigens plant die Verwaltung in diesen Zeitraum keine Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und auch nicht der Grundsteuer. In Bezug auf die Grundsteuer jedoch unter dem Vorbehalt, dass die Erträge – wie vom Rat beschlossen – aufkommensneutral bleiben.

Im Bereich der Zuwendungen sind die Schlüsselzuweisungen der größte Block, die im Vergleich zum vergangenen Jahr um rund 35 Millionen Euro steigen. Die Zuwendungen für den Betrieb unserer Kitas sehen mit 50 Millionen Euro zunächst gut aus. Aber merken Sie sich die Zahl bitte für gleich.

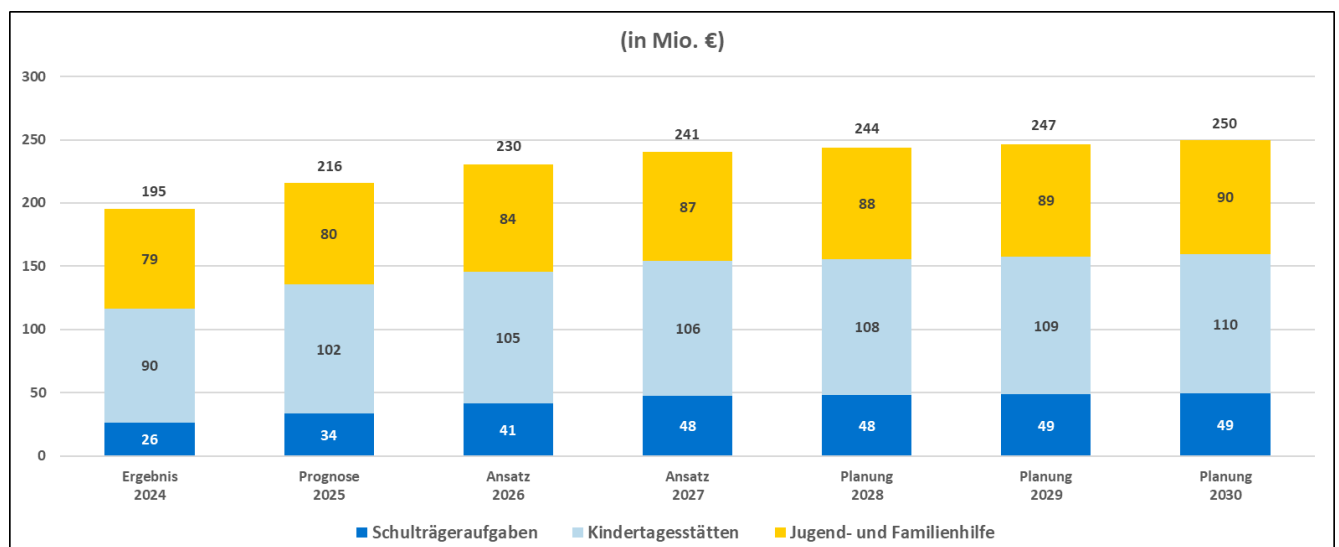
Wesentliche Aufwandspositionen



Sehr geehrte Damen und Herren, auf der Aufwandsseite stellen wir quer durch alle Positionen deutliche Steigerungen fest. Die größten Sprünge machen hier die Transferleistungen, also die Auszahlungen an unsere Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich Ihnen wenige ausgewählte Bereiche konkret vorstellen:

Summe: Kita, Schule, Jugend- und Familienhilfe

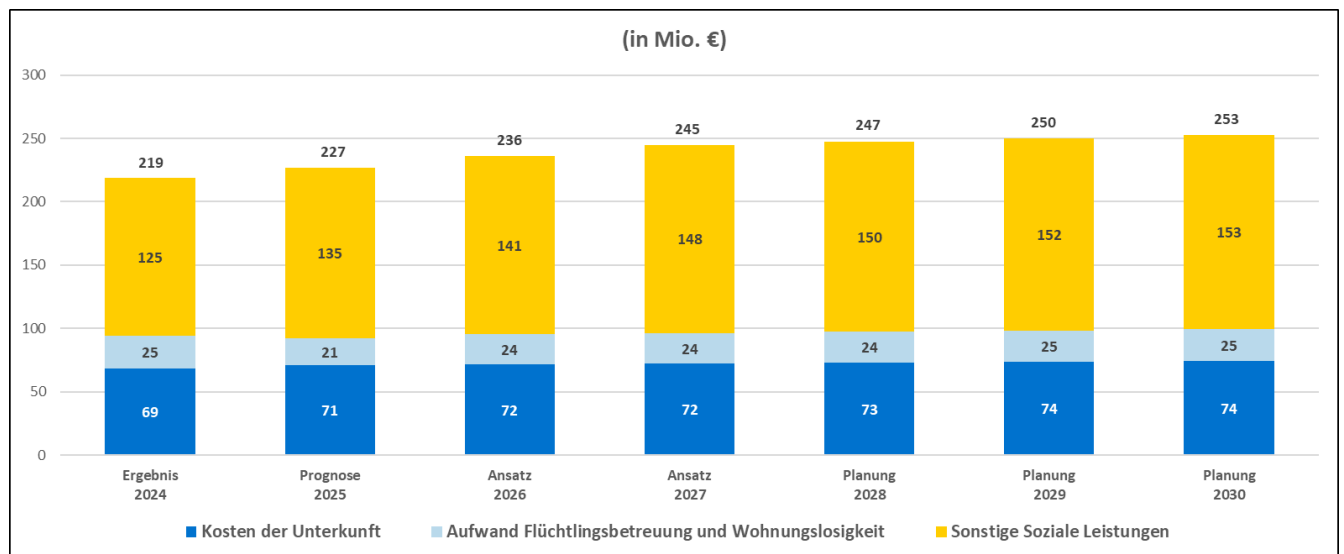


Die Familien in Hagen sind uns wichtig. Das ist die Kernaussage, die sich aus dieser Grafik ablesen lässt. Mehr als 230 Millionen Euro werden wir in diesem Jahr für die Familien und die rund 30.000 Kinder in unserer Stadt aufwenden. Im Jahr 2030 werden es bereits 250 Mio. Euro sein.

Als ein Teilbeispiel, dass wir hier trotz der Haushaltszwänge nicht sparen, möchte ich den Kinder- und Jugendhilfeförderplan nennen, der aktuell für die jetzt begonnene Wahlperiode erarbeitet wird. Während der vergangene Plan noch ein Finanzvolumen von 2,4 Mio. Euro in 2025 hatte, steigen die jährlichen Ausgaben in 2026 auf 2,7 Mio. Euro und in 2027 sogar auf 2,9 Mio. Euro. Allerdings: Auch diese Steigerungen reichen nicht aus, um alle Kosten und zusätzlichen Aufwendungen bei den Trägern in voller Höhe finanzieren zu können.

Leider ist ausgerechnet bei den Kitas die Kibiz-Finanzierung für Träger und Kommunen weiterhin nicht auskömmlich. Den Aufwendungen von über 100 Millionen Euro pro Jahr stehen die eben genannten Erträge von knapp 50 Millionen Euro gegenüber. Die Lücke müssen wir selber schließen, um Plätze und Öffnungszeiten zu sichern. Deshalb erwarten wir vom Land NRW, dass die KiBiz-Reform die kommunalen Haushalte spürbar entlastet – statt die Kommunen weiter als „Ausfallbürgen“ im System stehen zu lassen.

Soziallasten insgesamt: Aufwand Flüchtlingsbetreuung; Sozialleistungen, KdU



Ich habe die Sozialstaatsreform bereits angesprochen. Sie wird keine grundlegende Bündelung oder Neuordnung der Systeme mit sich bringen. Festzustellen ist jedoch: Der Anstieg der Transferaufwendungen, wie sie auch diese Grafik zeigt, hat inzwischen eine Dynamik erreicht, die von den öffentlichen Haushalten auf allen staatlichen Ebenen dauerhaft nicht mehr getragen werden kann.

Investitionen

Meine Damen und Herren,

„Heute sparen. In die Zukunft investieren. Hagen stärken.“

Das ist nicht nur der Titel dieser Rede – das ist die Richtschnur für die Prioritäten dieses Haushalts.

Wir investieren dort, wo Investitionen Wirkung entfalten: für die Menschen in unserer Stadt, für die Qualität unserer Infrastruktur und für die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung.

Die im Haushaltsplan veranschlagten Investitionen schaffen bewusst die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, um handlungsfähig zu sein, sobald Planung, Förderzugänge und personelle Kapazitäten dies zulassen. Damit sichern wir uns die notwendige Flexibilität für eine priorisierte Umsetzung.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist kein einfacher Haushalt. Er verlangt uns allen Entscheidungen ab. Entscheidungen über Prioritäten. Entscheidungen über Standards. Entscheidungen darüber, was wir uns leisten können – und was nicht.

Aber er gibt uns auch eine klare Perspektive: Wenn wir jetzt die richtigen Weichen stellen, sichern wir die Handlungsfähigkeit unserer Stadt für die kommenden Jahre.

Dieser Weg wird nur funktionieren, wenn Politik und Verwaltung ihn gemeinsam gehen – mit Mut zur Entscheidung, mit Klarheit in der Prioritätensetzung und mit dem gemeinsamen Ziel, diese Stadt nach vorne zu bringen.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gesamten Verwaltung, die unter schwierigen Rahmenbedingungen an der Aufstellung dieses Haushalts mitgewirkt haben.

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachbereich Finanzen, die in den vergangenen Monaten mit hoher fachlicher Kompetenz, großem Engagement und nicht selten weit über die reguläre Arbeitszeit hinaus dafür gesorgt haben, dass wir Ihnen heute einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorlegen können.

Sehr geehrte Damen und Herren: Ich wünsche Ihnen für die kommenden Wochen gute und konstruktive Beratungen.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einen ganz praktischen Hinweis: Für Ihre Arbeit stellen wir Ihnen leistungsfähige digitale Zugänge zum Haushaltsplan und zu allen Anlagen zur Verfügung.

Meine Bitte ist, diese Möglichkeiten konsequent zu nutzen und auf gedruckte Fassungen zu verzichten.

Der Druck eines Haushaltsplans mit insgesamt rund 2.200 Seiten verursacht nicht nur erhebliche Kosten und organisatorischen Aufwand – digital lässt sich damit auch deutlich komfortabler und zielgerichteter arbeiten.

Das ist ein kleiner Beitrag zu mehr Effizienz – und zugleich ein sichtbares Zeichen dafür, dass wir den Weg der Digitalisierung auch in unserer eigenen Arbeitsweise ernst nehmen.

Vielen Dank.